

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch und Petra Pau

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 15/3349, 15/3971 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung der Geltungsdauer der §§ 100g, 100h StPO

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Artikel 1 wird wie folgt gefasst:

„Artikel 1

Änderung des Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung vom 20. Dezember 2001

In Artikel 4 Satz 2 des Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3879) wird die Angabe „1. Januar 2008“ durch die Angabe „1. Juli 2005“ ersetzt.

II. Nach Artikel 1 wird folgender neue Artikel 2 eingefügt:

„Artikel 2

Berichtspflicht

Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag gegenüber eine jährliche Berichtspflicht. Sie berichtet über folgende Sachverhalte:

1. Zahl der richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Anordnungen zur Auskunftspflicht über Telekommunikationsverbindungsdaten.
2. Zahl der erteilten Auskünfte über Telekommunikationsverbindungsdaten, unterteilt nach den verschiedenen Auskunftsarten. Insbesondere sind Daten über die so genannte Zielwahlsuche und die so genannte Funkzellenabfrage (§§ 100g, 100h StPO) aufzulisten.
3. Dauer der angeordneten Auskunftserteilungen.
4. Zahl der Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen nach den §§ 100a, 100b StPO, die durch Auskunftserteilungen nach den §§ 100g, 100h StPO ausgelöst wurden.
5. Relevanz der angeordneten Auskunftserteilungen für das strafrechtliche Ermittlungsverfahren und für Verurteilungen.
6. Zahl der Unverdächtigen, die von den angeordneten Auskunftserteilungen betroffen waren.

7. Benachrichtigung/Nichtbenachrichtigung der Betroffenen nach § 101 Abs. 1 StPO.

8. Höhe der Kosten, die bei den Betreibern von Telekommunikationsanlagen durch die angeordneten Auskunftserteilungen entstehen.“

III. Die Artikel 2 und 3 werden die Artikel 3 und 4.

Berlin, den 20. Oktober 2004

Dr. Gesine Löttsch
Petra Pau

Begründung

Durch das Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3879) wurden die §§ 100g und 100h – Auskunft über Telekommunikationsverbindungsdaten – in die StPO eingefügt. Die Neuregelung war ursprünglich bis zum 31. Dezember 2004 befristet. Schon in der zweiten und dritten Lesung zum damaligen Gesetzentwurf zur Änderung der Strafprozessordnung im Deutschen Bundestag am 30. November 2001 wurde Handlungsbedarf selbst von den Vertretern der Regierungsparteien für eine Neuregelung festgestellt. Nachbesserungen wurden zugesagt, u. a. beim Zeugnisschutz von Berufsheimnisträgern wie Journalisten. Zugesagt wurde auch, bei einer Neuberatung wissenschaftliche Gutachten zu Rate zu ziehen (vgl. Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages 14/206, S. 20417 ff.). Von dem FDP-Abgeordneten Rainer Funke wurde damals in der Beratung vom 30. November 2001 vor allem darauf hingewiesen, dass der Gesetzentwurf gravierende datenschutzrechtliche Mängel aufweist und die Eingriffsschwelle gegenüber der Regelung des alten § 12 FAG beträchtlich gesenkt habe (ebenda).

Von den Versprechungen der Regierungsparteien wurde bis heute buchstäblich nichts realisiert.

In einem Schreiben vom 24. September 2004 an Mitglieder des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages führt die Humanistische Union (HU) aus: „Die Bundesregierung begnügt sich in der Begründung des Gesetzentwurfs mit dem pauschalen Hinweis, die Auskunftsanordnung hätte sich >als wichtiges Ermittlungsinstrument erwiesen< und sei daher >unabdingbar<. Wegen fehlender Berichtspflichten liegt jedoch nicht einmal eine statistische Übersicht über die Zahl der Auskunftserteilungen in den vergangenen drei Jahren vor.“

Die HU bemängelt, dass im vorliegenden Gesetzentwurf keine Berichtspflicht über erteilte Auskünfte normiert wurde und weist darauf hin, dass der Gesetzgeber bei der angekündigten Gesamtnovellierung der Telekommunikationsüberwachung vor dem gleichen Problem wie heute stehen wird: „Eine Evaluierung scheitert am fehlenden Zahlenmaterial über die vorgenommenen Eingriffe gemäß §§ 100g, 100h StPO“ (ebenda).

Wolff/Neumann fassten ihre Kritik an der gesetzlichen Regelung der §§ 100g, 100h StPO wie folgt zusammen: „Dem Gesetzgeber war seit langer Zeit bekannt, dass § 12 FAG, die Vorgängervorschrift der §§ 100g, h StPO, außer Kraft treten würden. Die Gelegenheit, die Neuregelung der Auskunft über Verbindungsdaten sorgfältig vorzubereiten, blieb indes ungenutzt. Das Gesetzgebungsverfahren zeugt zwar vom Bemühen, kriminal- und sicherheitspolitische Forderungen mit rechtsstaatlichen Grundsätzen in Einklang zu bringen, hat aber kein Glanzstück der Gesetzgebungstechnik hervorgebracht: § 100g I 1

StPO ist mindestens beim ersten Lesen kaum verständlich und wurde zwischenzeitlich gar von einer Strafkammer für grammatikalisch unvollständig erklärt.“ (Wolff/Neumann, NStZ 2003, 404).

Die Befristung auf ein halbes Jahr soll den Gesetzgeber zeitnah veranlassen, in Absprache u. a. mit dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz, datenschutzrechtliche Verbesserungen vorzunehmen. Die Eingriffsschwellen müssen erhöht werden, da Straftaten von erheblicher Bedeutung als Voraussetzung für einen Eingriff ausreichen. In der Praxis bedeutet dies, dass die §§ 100g, 100h StPO selbst in Fällen von Beleidigungen oder des Zugriffs auf WWW-Seiten mit strafrechtlich bedeutsamem Inhalt Anwendung finden (vgl. Wolff/Neumann, NStZ 2003, 404). Hinzu kommt, dass die Praxis vor allem bei Ermittlungen gegen unbekannt erhebliche rechtliche Defizite aufweist und gegen die §§ 100g, 100h StPO verstoßen wird (vgl. ebenda).

